

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/92

Bad Godesberg, den 18. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Atomsperrvertrag</u>	53

Zur Bonner Denkschrift zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen

2	<u>Ulbricht in Budapest</u>	46
---	-----------------------------	----

Schwierige Partnerschaft

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

3 - 4	<u>Bestandene Kutprobe</u>	64
-------	----------------------------	----

Zum Abschluß der Kennedy-Runde

Von Pierre Simonitsch, Genf

5 - 6	<u>Furcht vor dem "Zurück"</u>	65
-------	--------------------------------	----

Begrenzte Liberalisierung in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

## Atomsperrvertrag

---

### Zur Bonner Denkschrift zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen

sp - Die Bundesregierung hat gut daran getan, ihre Auffassungen über den noch im Verhandlungsstadium befindlichen Atomsperrvertrag in einer allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und der Genfer Abrüstungskonferenz übermittelten Denkschrift niederzulegen. Sie versachlicht die Diskussion, die zeitweise hektische Formen angenommen hatte und einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Propaganda unnötige Angriffsflächen bot. Die Bundesregierung bejaht uneingeschränkt in ihrer Denkschrift den Grundgedanken der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen an nichtnukleare Staaten, knüpft jedoch daran die Erwartung, daß der Atomsperrvertrag nicht zu Behinderungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts führe und den Nichtnuklearen die uneingeschränkte Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke sichere.

Der beabsichtigte Vertrag selbst wirft eine Fülle von schwerwiegenden Problemen auf. Er gibt den Atomgiganten - den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion - eine Stellung in der Welt, wie sie in der bisherigen Geschichte noch keine Weltmacht besaß. Er berührt die Interessenlage aller nichtnuklearen Länder und legt ihnen wesentliche Selbstbeschränkungen auf. Wie ist es mit der Sicherheit bestellt? Das Streben dieser Länder, so heißt es in der Denkschrift, sich gegen vorhandene oder entstehende Sicherheitsrisiken so weit wie möglich zu sichern, verdiene Verständnis und Sympathie. "Der Verzicht auf Kernwaffen sollte so gestaltet werden, daß er nicht zu einer Quelle besonderer Gefährdung, sondern ein Fortschritt auf dem Wege zu einer stabileren Friedensordnung wird."

Die Denkschrift der Bundesregierung beleuchtet den beabsichtigten Atomsperrvertrag aus einer Sicht, die viele nichtnukleare Länder teilen dürften. Paktgebundene und blockfreie Staaten haben im Hinblick auf den Atomsperrvertrag fast die gleichen Sorgen und teilen fast die gleichen Befürchtungen. Sie wollen nicht auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet ins Hintertreffen geraten, sie wollen teilhaben an den großen Möglichkeiten der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Ohne formiert zu sein, verbindet sie in dieser Frage ein Gefühl der Solidarität.

Der Vertrag selbst, kommt er überhaupt zustande, ist wohl geeignet, der Entspannung zu dienen, beendet jedoch nicht das nukleare Wettrennen zwischen den bestehenden Atommächten. Das erste Kapitel der nuklearen Abrüstung wurde noch nicht geschrieben. Es wartet auf seine Verfasser. "Den Kernwaffenmächten obliegt es", so sagt die Denkschrift, "die weitere Entwicklung immer gefährlicherer Waffen einzustellen, die vorhandenen Bestände, einschließlich der Träger, nicht weiter zu vermehren, ihren Abbau einzuleiten, mit der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke aufzuhören und einen vollständigen Testbann zu erzielen."

Der Atomsperrvertrag, über den nun in Genf wieder verhandelt wird, kann, soll er wirksam werden, nur ein Glied umfassenderer Abrüstungsbemühungen sein. Die Kernwaffenmächte müssen dann die nächsten Schritte tun, um der Menschheit den Alpdruck der Selbsterstörung zu nehmen. Sollte das Vertragswerk scheitern, dann gewiß nicht durch die Schuld der Bundesrepublik. Sie hat ihren Willen und ihre Bereitschaft, einen Vertrag beizutreten, der der Friedenssicherung dient, die Welt von der Furcht einer Weiterverbreitung von Atomwaffen befreit, in ihrer Denkschrift überzeugend kundgetan.

## Ulbricht in Budapest

### Schwierige Partnerschaft

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Der südosteuropäische Mai steht im Zeichen dreier internationaler Begegnungen: in der Woche auf Pfingsten weilte der ungarische Außenminister Janos Peter bei seinem jugoslawischen Kollegen Marko Kikezić zu Gast, der sich nach Abschluß dieses Staatsbesuches sofort dem auf der Durchreise vom Irak nach Ostberlin befindlichen sowjetzonalen Außenminister Winzer zuwenden mußte, und nun ist Walter Ulbricht in Budapest aufgetaucht, um dort den 20-jährigen Freundschafts-, Beistands- und gegenseitigen Hilfsvertrag auf weitere 20 Jahre zu verlängern.

Jugoslawien und Ungarn sind für die beiden DDR-Politiker gewiß die schwierigsten Partner in Osteuropa, wenn man nun einmal von Rumänien absieht, das sich offensichtlich überhaupt weigert, einen neuen Pakt mit Ostberlin einzugehen. Offenbar trägt man sich in Bukarest mit der Absicht, nach Ablauf des noch geltenden Vertrages nur kurz die automatische Verlängerung um fünf Jahre bekanntzugeben. Anders als die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und zuletzt auch (wenn auch zögernd) Bulgarien haben sich die Ungarn offenbar sehr spät entschlossen, Ulbricht wenigstens diesen Gefallen zu tun, denn zwischen Budapest und Ostberlin gibt es unübersehbare Meinungsverschiedenheiten. Während die Ungarn kein Interesse mehr daran haben, eventuellen Flüchtlingstendenzen unter der eigenen Bevölkerung durch einen Eisernen Vorhang nach dem Vorbild der Berliner Mauer (die Außenminister Peter keines Blickes würdigte) entgegenzutreten, macht Ulbricht eine Weiterentwicklung des ostdeutsch-ungarischen Tourismus eben von Bestehen dieses Anachronismus abhängig. So konnte im vergangenen Jahr die Besucherzahl ostdeutscher Touristen in Ungarn nur um 36 Prozent gesteigert werden, während Polen und die CSSR um 140 Prozent und Jugoslawien um 78 Prozent mehr Reisende in das Puszta-Land schickten.

Für die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft gefährlicher noch ist der Ostberliner Widerstand gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit Bonn. Diesem Widerstand, den Ulbricht sogar auf einer Reise durch Ungarn selbst predigte, ist unter anderem ein Krupp-Projekt zum Opfer gefallen, das den Bau einer Motorenfabrik in der Nähe von Budapest zum Ziel hatte. Erst mit Hilfe der französischen Firma "Renault" konnten andere westdeutsche Firmen durchsetzen, in Győr eine Dieselmotorenfabrik mitbauen zu dürfen. (Krupp wird hingegen in Ungarn eine mit den Czepek-Werken gemeinsam konstruierte Werkzeugmaschine bauen lassen.) Doch nachdem sich in Budapest die Gruppe Kadar-Pöck gegen die von Kallai und Apro geführte andere Fraktion durchgesetzt hat, dürfte es Ulbricht sehr schwer haben, die Budapestor auf die Linie des "Eisernen Dreiecks" Ostberlin-Prag-Warschau festzulegen.

Viel besser haben sich hingegen die ungarischen Beziehungen zu Jugoslawien entwickelt. Man interessiert sich in Budapest immer stärker für die jugoslawische Wirtschaftsreform und sogar die von Tito geleitete Parteireorganisation, die von Moskau mit sehr scheelen Augen beobachtet wird.

### Bestandene Mutprobe

#### Zum Abschluß der Kennedy-Runde

Von Pierre Simonitsch, Genf

Als Präsident Kennedy im Jahre 1962 vom US-Kongreß ermächtigt wurde, innerhalb von fünf Jahren im Rahmen des "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens" (GATT) die Reduzierung aller Zölle um die Hälfte auszuhandeln, stand die Wirtschaft in allen westlichen Ländern in voller Blüte. Der "Trade Expansion Act" sollte das Wirtschaftswachstum durch einen gesteigerten internationalen Warenaustausch sicherstellen. Über 50 Staaten nahmen die Herausforderung an. Die Kennedy-Runde, die größten Zollverhandlungen aller Zeiten, konnten beginnen.

Heute machen sich hier und dort Rezessionserscheinungen bemerkbar, der Gipfel der Hochkonjunktur scheint überschritten. Damit stieg das Verlangen gefährdeter Industrien und schwacher Unternehmer auf staatlichen Schutz, obwohl nach Ansicht aller Ökonomen gerade der Protektionismus in die Krise führt. Der Lobby denkt aber kleinkariert. Unter diesen Umständen muß das Ergebnis der Genfer Verhandlungen als ein bedeutender Erfolg gewertet werden. Zwar konnte sich niemand mehr einen vollständigen Fehlschlag vorstellen: zuviel Arbeitsleistung, zuviel Prestige waren in den vergangenen viereinhalb Jahren investiert worden. Aber man hätte sich mit einer Mini-Kennedy-Runde begnügen können, nur um das Gesicht zu wahren.

Glücklicherweise zeigten sich die Regierungen entschlossen, das Unternehmen zu Ende zu führen. Tag und Nacht saßen sich die Unterhändler gegenüber - die letzten 24 Stunden stand die Uhr in der GATT-Villa "Le Bocage" still, um den gesetzten Schlußtermin wenigstens formal zu respektieren. Am Pfingstmontag gegen Mitternacht konnte endlich der letzte Händedruck ausgetauscht werden: die großen Probleme - Landwirtschaft, Chemie, Stahl - waren gelöst.

Neben den abertausend gesenkten Zollpositionen erbrachte die Kennedy-Runde ein anständiges Nahrungsmittel-Hilfsprogramm zugunsten der Entwicklungsländer. Jährlich 4,5 Millionen Tonnen Weizen, was einem Wert von 288 Millionen Dollar entspricht, werden der hungernden Menschheit spendiert. Die Kosten teilen sich die reichen Nationen. Natürlich geschah nicht alles aus reiner Nächstenliebe, sondern die großen

Weizenexportländer müssen ihre Überschüsse loswerden. Aber der Inhalt der letzten Enzyklika Papst Pauls VI. fand gerade in diesem Feilschen um Prozente erstmals großzügige Anwendung: "Der Überfluß der reichen Länder muß für die Armen sein." Außerdem gelangen die im GATT vertretenen Entwicklungsländer automatisch in den Genuß der ausgehandelten Zollkonzessionen, ohne daß von ihnen Reziprozität gefordert wird.

Der auf dem Industriesektor erreichte Zollabbau beträgt durchschnittlich 30 Prozent. Genaue Vorstellungen über die Auswirkungen auf die einzelnen Industriezweige in den verschiedenen Ländern können sich selbst die führenden Experten nicht machen. Es läßt sich nicht vorausberechnen, ob die Reduzierung einer Zollposition um wenige Punkte zu einer Überschwemmung mit ausländischen Produkten führt oder umgekehrt die heimischen Erzeuger stärkt. So gesehen war die Kennedy-Runde eine bestandene Mutprobe. Es ist vorauszu sehen, daß sich im Laufe der nächsten Jahre zahlreiche Unternehmer geprellt fühlen werden. Ungewiß ist auch, ob die Verbraucher vom Zollabbau profitieren werden. Wie Studien über stärkere Zollreduzierungen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaften und Freihandelsassoziationen ergaben, fließen die eingesparten Beträge zumeist in die Taschen der Großhändler, während der Staat gezwungen ist, seinen Fiskalentgang anderswo einzubringen. Aber der internationale Warenaustausch wird angekurbelt, und damit steigt die Produktion, die Zahl der Arbeitsplätze und der Verbrauch.

Der Hauptverdienst der Verhandlungsdelegationen für den Welthandel liegt vielleicht darin, das überwuchernde Dickicht versteckter Einfuhrbeschränkungen und Diskriminationen gelichtet zu haben. Zölle bedeuten nicht alles. Die Amerikaner mußten die Abschaffung einer Reihe von protektionistischen Bestimmungen, wie den "American Selling Price" auf dem Chemiesektor, in Aussicht stellen. Auf der anderen Seite haben Kräfte in der EWG, die den Ablauf der Genfer Verhandlungen anfangs hemmten, eingesehen, daß ein direkter Zugang amerikanischer Produkte zum Markt der "Sechs" die Unterwanderung durch das US-Kapital weitgehend hinfällig werden läßt.

## Furcht vor dem "Zurück"

### Begrenzte Liberalisierung in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Beide schlugen Alarm: die Mitglieder des spanischen Journalistenverbandes in Barcelona und die international angesehenen Barceloneser Tageszeitung LA VANGUARDIA ESPAÑOLA. Die VANGUARDIA bat Staatschef Franco schlicht in einem Leitartikel, die vorgesehene Verschärfung des Strafgesetzbuches dem Ständeparlament zur Neubearbeitung zurückzugeben, die Journalisten verlangten von ihrem Verband schlicht einen angemessenen Rechtsschutz für sich und ihre Familien, da der neugefasste Paragraph 165 des Strafgesetzbuches für journalistische "Straftaten" in extremen Fällen bis zu sechs Jahren Gefängnis bedeuten kann. Sie beklagen sich über die "Kautschuk-Fassung" dieses Paragraphen, der das vor einem Jahr verkündete fast-freiheitliche Pressegesetz praktisch wieder aufhebe.

Die Furcht vor dem "Zurück" ist ausgeprägt. Hatte die dem "Opus-Dei"-Laienorden nahestehende Zeitung MADRID in einem dramatischer Appell geschrieben, es gebe kein "Zurück", so war am 1. Mai zu erkennen, daß die Liberalisierung in Spanien ihre Grenzen hat. Spaniens früherer Erziehungsminister Joaquin Ruiz-Giménez hatte jüngst erklärt, Regierende und Regierte müßten "gleichberechtigt" miteinander sprechen, denn das Zeitalter des Paternalismus sei vorbei, so gab die spanische Bereitschaftspolizei am 1. Mai die Antwort: hunderte von Spaniern, darunter wenigstens elf Geistliche, wurden wegen Teilnahme an illegalen Kundgebungen in elf spanischen Provinzen, vor allem in Katalonien, im Baskenland und Asturien, manchmal nach erheblichen Zwischenfällen, verhaftet.

Die Behörden hatten diese Kundgebungen als ein "kommunistisches Manöver" abtun wollen, doch die erstaunlich hohe Zahl an beteiligten katholischen Geistlichen vermittelt ein völlig anderes Bild. In der Bistumdiözese Barcelona hatten 67 Pfarrer einen "Offenen Brief an die Arbeitswelt und ihre Triebkräfte" gerichtet und die Demonstrationen offen unterstützt. Die Presse, wahrscheinlich aus Angst vor dem neuen Paragraphen 165, berichtete nur über die "subversiven Rufe" der Umzugsteilnehmer, ohne zu verraten, was diese eigentlich forderten.

Nur die Karlisten durften demonstrieren: 100 000 von ihnen zogen

auf den Montejurra-Berg und forderten Madrid auf, den Bourbonen-Prinzen Javier und Carlos-Hugo die spanische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Auch Ausländer aus Frankreich durften mitfeiern, wenn sonst ihre Mitwirkung bei oppositionellen Kundgebungen nicht gern gesehen wird

#### Ein Falange-Flugblatt

Aus den Oppositionellen goß die Falange rasch Kommunisten. Wie das gemacht wird, führte am 30. April ein Zivilist im Blauhemd vor, der in der Madrider Untergrundbahn hektographierte Flugblätter mit Verschwörermiene verteilte und sich benahm, als wäre er ein Oppositionsmann.

Auf dem orthographisch nicht ganz einwandfreien Flugblatt steht, in deutscher Übersetzung: "Vorsicht, Spanier. Wieder einmal will zum 1. Mai der ausländische Kommunismus die spanischen Arbeitermassen mit billiger und subversiver Propaganda durcheinanderbringen. Unsere Antwort: Raus aus Spanien mit den vom Ausland bezahlten Provokateuren! Mit unserer ehrlichen und anständigen Arbeit werden wir ändern, was uns nicht paßt, zum Besten aller Spanier und des Vaterlandes... Arriba Espana." Den Rest des Flugblattes kann man sich schenken, der Text ist wirklich geistlos und hinterwäldlerisch.

Man sollte sich aber davor hüten, alle Falange-Leute über einen Leisten zu scheren: Es gibt auch einsichtige Elemente, die für eine politische Auflockerung eintreten und die Verfolgung der außerparlamentarischen Opposition nicht immer gutheissen. Zu ihnen gehört der Bruder des Falange-Gründers, Miguel Primo de Rivera, der in Albacete versichert hatte, sein Bruder José Antonio "wollte nicht alle Spanier in Parteigänger seiner Organisation verwandeln". Er forderte unausgesprochen den Staatschef heraus, der die Wiederbelebung der politischen Parteien rundweg ausschloß. Miguel Primo de Rivera stellte nämlich die Frage, ob es seinem Bruder wohl jemals in den Sinn gekommen wäre, für sich und seine Freunde ein politisches Monopol zu beanspruchen.

Diese Stimmen haben aber wenig Gewicht - was zählt, sind die Gummiknüppel der Polizei und der neugefaßte Paragraph 165. Wunsch und Wirklichkeit klaffen oft tief auseinander: